

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 14. April 2010



Jusos Stadt Braunschweig  
Schloßstr. 8  
38100 Braunschweig  
Telefon: (05 31) 4 80 98-21  
Telefax: (05 31) 4 80 98-26  
info@jusos-bs.de  
www.jusos-bs.de

## **14 JUSO-THESEN ZUM THEMA BILDUNG**

Für uns ist die zentrale Frage in der Bildung:

Wie wollen wir lernen und nicht wie sollen wir lernen!

### **Grundsätzliches**

#### **1. Chancengleichheit: „Alle müssen können dürfen“**

Es ist unsere Grundüberzeugung, allen Menschen ab der Geburt gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Bildung muss deshalb allen Menschen kostenfrei angeboten werden, um gleiche Startchancen für alle zu ermöglichen. Denn Bildung ist für alle da - unabhängig vom Geldbeutel und kulturellem Hintergrund.

#### **2. Emanzipation des Menschen**

Bildung ist nicht nur das reine Erlernen von Wissen. Bildung muss den Menschen darüber hinaus die Möglichkeit geben, Ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Ein selbstbestimmtes Leben bedeutet Freiheit von Abhängigkeiten.

#### **3. Bildung hat einen Mehrwert**

Bildung ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmt Ziele zu setzen und zu verwirklichen. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet die Chance auf Arbeit, sorgt für Teilhabe an der Gesellschaft und soziale Aufstiegsperspektiven.

#### 4. Unabhängige Bildung

Bildung ist ein elementarer Teil des demokratischen Sozialismus, der zur Freiheit des Einzelnen, und damit zur Freiheit aller führt. Unsere Vision ist eine soziale, gerechte Gesellschaft ohne Abhängigkeiten und Unterdrückung. Alle Menschen müssen in Würde leben und respektvoll zusammenleben können .

Kapitalistische Einflüsse reduzieren die Bildung auf die reine Ausbildung zu Arbeitskräften. Die Emanzipation des einzelnen Menschen wird in den Hintergrund gedrängt, um nachhaltig die Vermehrung des Kapitals auf Kosten der ArbeitnehmerInnen zu gewährleisten (Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital). Bildung muss von wirtschaftlichen Interessen getrennt werden. Bildung soll Menschen entwickeln, keine Kinder für die Wirtschaft (KiWi) abfertigen.

#### 5. Abgrenzung gegenüber der Konkurrenz

- „Bildung ist käuflich“ (Cornelsen)
- „Begabungsgerechte Schule“ (CDU) - soziale Konservierung von Menschen
- „Bildung als Wettbewerb“ (FDP)
- Bildungshürden werden errichtet - Bildung als Ware, soziale Herkunft entscheidet über Lebensweg

## Schule

#### 6. Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen einführen!

Die Selektion nach dem vierten Schuljahr fördert soziale Ungleichheiten und bestimmt schon in Kindesalter den Lebensweg junger Menschen. Nur die gemeinsame Beschulung, von der ersten, bis zur 10. Klasse, kann die Chancengleichheit sichern und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Auf individuelle Stärken und Schwächen eingehen, wird durch Gesamtschulen erst ermöglicht, hierbei spielt das soziale Lernen zwischen den Schülerinnen und Schülern eine besondere Rolle. Auch körperlich und geistig Benachteiligte dürfen keine gesellschaftliche Randerscheinung darstellen und gehören deshalb in den alltäglichen Schulprozess eingebunden. Deshalb fordern wir die Gesamtschule!

## **7. Kostenfreie und unabhängige Bildung für alle!**

Deutschland ist das Land, wo Herkunft und Reichtum am allermeisten den Bildungsweg beeinflussen. Das darf nicht sein, deshalb fordern wir kostenfreie, gleiche, freie und gute Bildung für alle, frei von wirtschaftlichen Interessen und Einflüssen. Denn Bildung muss Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und zum kritischen Denken befähigen. Das geht nur, mit unabhängiger und guter Bildung!

## **8. Soziales Lernen muss im Mittelpunkt stehen!**

Wir brauchen individuelle Förderung, die Integration sichert. Dazu gehört soziales Lernen miteinander und untereinander, auch beispielsweise durch ein gemeinsames Mittagessen. Das klassische „Sitzenbleiben“ fördert Ausgrenzung, gerade für junge Menschen ist ein „Rausschmiss“ aus dem gesicherten sozialen Umfeld besonders schwer. Hierfür muss intensive Beratung zwischen den Lehrkräften und Eltern stattfinden, bevor über das Wiederholen einer Klasse bestimmt wird. Es werden ebenfalls SozialarbeiterInnen benötigt, die sich den Problemen junger Menschen stellen und ihnen helfen sie zu bewältigen, außerdem muss auch außerhalb des Regelunterrichts beispielsweise Gruppentraining stattfinden. Die SozialarbeiterInnen bilden einen untrennbaren Bestandteil des pädagogischen Personals einer Schule.

Eine Rückmeldung an die Eltern und SchülerInnen, über die Entwicklung eines Kindes, muss es weiterhin geben. Jedoch stellen sich Noten als kein geeignetes Mittel dafür dar. Eine Note sagt nichts über die Entwicklung oder Leistung eines Kindes aus, sie ist lediglich eine Zahl, die Leistungsdruck ausübt. Deshalb fordern wir die Abschaffung von Noten als Bewertungssystem, es gibt viele Beispiele für geeignetere Mittel, lasst uns gemeinsam darüber Diskutieren!

## **9. Demokratie hört nicht vor den Schultoren auf!**

Die von CDU eingeführte Schulvorstandspflicht schränkt die Demokratie an Schulen ein. Wichtige Beschlüsse, die für den Alltag an Schulen von hoher Bedeutung sind, werden im kleinen Kreise über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen. Das darf nicht sein, deshalb fordern wir die Gesamtkonferenz als höchstes Entscheidungsgremium einzusetzen. Es müssen außerdem die Belange der Schülerinnen und Schüler ernst genommen werden, deshalb müssen SchülerInnen ein höheres Mitbestimmungsrecht erhalten.

Schulinspektionen müssen unangekündigt stattfinden. Angekündigte Schulinspektion sind überflüssig, da sie nicht den realen Schulalltag untersuchen und nur ein vorgespieltes Theater, von Musterunterricht zu sehen bekommen. Wenn man ernsthaft überprüfen möchte, was an unseren Schulen passiert, müssen Schulinspektionen unangekündigt und spontan stattfinden. Nur so können der Schulalltag transparent untersucht werden und Verbesserungen vorgenommen werden.

## 10. Abitur neu gestalten!

Die Profileroberstufe schränkt die Wahlfreiheit ein und verhindert einen selbstbestimmten Lebensweg. Nach der 10. Klasse muss ein Allgemeinwissen geschaffen sein, was Jugendliche dazu befähigt tiefgründiger in Fachgebiete einzugehen. Die Profileroberstufe verbaut jungen Menschen die Zukunft und verhindert eine freie Entfaltung der/s Einzelnen, deshalb muss die Profileroberstufe abgeschafft werden.

Das Zentralabitur ist ein weiteres gescheitertes Projekt konservativer Schulpolitik. Es verhindert, die optimale Vorbereitung auf das Abitur und ein individuelles eingehen auf Klassen. Lehrer wissen häufig nicht, was im Zentralabitur abgefragt wird und haben deshalb besonderen Stress, mit dem Unterrichtsstoff fertig zu werden. Darunter leiden vor allem die AbiturientInnen, deren Privatleben völlig durch die Schule eingenommen wird. Der enorme Leistungsdruck, der auf die SchülerInnen einwirkt, bringt sie häufig zum verzweifeln. Das kann und darf nicht sein, deshalb muss das Zentralabitur abgeschafft werden.

## **Studium**

### 11. Keine wirtschaftsnahe Berufsausbildungsanstalt

Hochschulen sind kein ökonomisch orientiertes Dienstleistungsunternehmen. Sie müssen Studierende dazu befähigen ein emanzipiertes Leben zu führen, Bildung muss über die reine Berufsausbildung hinausgehen. Ausbilden können uns andere, bilden müssen wir uns selbst. Deshalb muss ein Studium individuelle Lernprozesse ohne starre Vorgaben gewährleisten. Die Anzahl der Studienplätze darf nicht an Wirtschaftsinteressen gekoppelt sein, sondern jeder und jedem ihre und seine individuelle Entfaltung ermöglichen und nicht durch Zulassungshürden verbauen.

## **12. Soziale Ausgrenzung bekämpfen**

### **Abschaffung von Studiengebühren**

Seit der Einführung von Studiengebühren nehmen immer weniger junge Leute ein Studium auf; immer mehr Studierende brechen ab. Gerade Studierende aus einkommensschwachen Familien sind davon betroffen – die soziale Schieflage im deutschen Bildungssystem verschärft sich. Ein gebührenfreies Studium ist der Schlüssel zur Chancengleichheit und Gerechtigkeit.

Studiengebühren sind nicht nur ein Problem für die Studierendenschaft: Viele, die eine Hochschulzulassungsberechtigung erworben haben, nehmen eine Ausbildung auf, um die Gebühren zu umgehen und verschärfen somit den Kampf um Ausbildungsplätze. Eine ganze Generation leidet so unter den Gebühren.

### **Elternunabhängiges Bafög**

Die staatliche Unterstützung für junge Menschen in der Ausbildung muss ausgebaut werden. Es ist dringend nötig, das Bafög vom Vermögen der Eltern zu trennen und die Sätze jährlich an die Inflation anzupassen.

### **Gleichstellung durchsetzen**

Zwar erreichen inzwischen mehr Frauen eine Hochschulzulassungsberechtigung, jedoch nehmen weit weniger auch ein Studium auf. Herrscht bei der Aufnahme des Studiums noch Geschlechterparität, fällt der Anteil bis zu C4-Professuren auf 10%. Die Beteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb nimmt ab. Daher fordern wir die konsequente Quotierung aller Lehrstühle, Lehrbeauftragten und MitarbeiterInnenstellen.

Die Gleichstellungsbeauftragte muss gestärkt werden, um Diskriminierung aufzudecken und Betroffenen Unterstützung zu leisten. Darüber hinaus ist die Bekämpfung und Ächtung von sexualisierter und sexueller Gewalt auch an Hochschulen elementar.

### **Diskriminierung abschaffen**

MigrantInnen, Schwule, Lesben, Transsexuelle, ausländische Studierende und behinderte Menschen müssen ebenso Rechte und Schutz vor Diskriminierung erhalten. Aus diesem Grund gehören für uns der Kampf für barrierefreie Hochschulen, die Erhöhung des Anteils Studierender mit Migrationshintergrund, gleiche Rechte für ausländische Studierende und

die Schaffung eines diskriminierungsfreien Umfelds für sexuelle Minderheiten zur politischen Agenda.

Auch die physischen und informationellen Barrieren für Studierende mit Behinderung müssen abgebaut werden.

### **Studieren mit Kind ermöglichen**

Die Vereinbarkeit von Familie und Studium ist in vielen Fällen nicht möglich. Noch immer ist eine bedarfsdeckende kostenfreie Ganztagsbetreuung nicht gewährleistet, diese gilt es auszubauen.

### **13. Masterplätze für alle BA-AbsolventInnen**

ArbeitnehmerInnen zeigen immer wieder: Ein Bachelor-Abschluss ist in vielen Bereichen keinesfalls berufsqualifizierend. Es werden Arbeitsplätze mit weniger Lohn angeboten. Die Qualität der Lehrstoffvermittlung hat stark unter der Komprimierung auf 6 Semester gelitten. Studentisches Engagement fällt weg, Auslandsaufenthalte sind nicht mehr möglich und vor allem ein selbstgestaltetes Studium ist eine Utopie von gestern. Die Quotierung der Masterplätze, also das künstliche Kleinhalten der Platzzahl, entfacht die Angst vor zu schlechten Noten für die Masterzulassung einen Konkurrenzkampf unter den Studierenden; jedeR für sich alleine, denn je schlechter die anderen abschneiden, desto größer sind die eigenen Chancen.

Der geraffte Zeitplan lässt keinen Platz für eigenständige wissenschaftliche Arbeit neben dem Studium. Gerade die Hochschule sollte ein Ort bleiben, an dem Menschen sich emanzipieren und lernen sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinander zu setzen. Das Studium muss sowohl bundesweit als auch europaübergreifend flexibler gestaltet werden können.

### **14. Ohne Studierende keine Hochschule**

#### **Studentische Beschäftigung gerecht gestalten**

Die Lehre an Hochschulen ist ohne studentische Beschäftigte nicht vorstellbar. Dennoch werden fast überall Studierenden elementare ArbeitnehmerInnenrechte vorenthalten. Von absurden Lohnobergrenzen (!) bis zum Vorenthalten von Lohnfortzahlung im Krankheitsfall reicht die Palette der Benachteiligungen. Studierende erbringen normale sozialversicherungspflichtige Arbeit und müssen demnach von einem Tarifvertrag geschützt werden. In ihm müssen elementare Rechte wie Urlaubsansprüche, geregelte Arbeitszeiten,

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Wahl eines Personalrates und nicht zuletzt ein Mindestlohn nicht unter 11 € vereinbart sein.

### **Studentische Mitbestimmung stärken**

Eine Hochschule kann nur funktionieren, wenn sie den Bedürfnissen der Studierenden gerecht wird. Daher ist es wichtig, die Einflussnahme der Studierendenschaft auszubauen. Wir fordern mehr studentische Mitbestimmung. Entscheidungen müssen wieder transparent gefasst werden, daher fordern wir, dass die Senate, in denen Studierende Mitspracherecht haben, wieder das höchste beschlussfassende Organ an Hochschulen werden.

### **Gute Bildung für JedeN - Breitenförderung statt Elite-Hochschulen**

Seit der Begriff „Elite-Hochschulen“ in der öffentlichen Debatte herumgeistert, ist ein radikales Umdenken in der deutschen Hochschulpolitik zu beobachten. Das Ziel ist nicht mehr eine Breitenförderung aller Hochschulen, sondern einige wenige durch eine gezielte Forschungsförderung zu „Leuchttürmen“ der internationalen Wissenschaft auszubauen, die mit ihrer kleinen Zahl an Studierenden den Nachwuchs an ForscherInnen sicherstellen.

Die große Masse sinkt nach diesen Plänen zu reinen Ausbildungsuniversitäten ab, die möglichst viele Studierende möglichst schnell zu einem Abschluss bringen.